

## **Renate Mayntz**

Nachdem mein Vorredner bereits ausführlich auf Einzelheiten der Diskussion zu Problemen der Forschungsförderung eingegangen ist, möchte ich mich auf den Versuch beschränken, etwas zu dem latenten Leitmotiv der verschiedenen Beiträge zu sagen bzw. den roten Faden zu identifizieren, der sie in meiner Wahrnehmung verknüpfte. Dieser rote Faden ist ein bestimmtes Dilemma, und damit entspricht die Diskussion zu Problemen der Forschungsförderung dem Grundmuster dieser ganzen Tagung. Das übergreifende Dilemma, das die Diskussionen der letzten zwei Tage herausgearbeitet haben, liegt in der Ambivalenz aller Erhaltungsstrategien in der gegenwärtigen Situation. Einerseits sollen bewahrenswerte Potentiale der sozialwissenschaftlichen Forschung in der ehemaligen DDR erhalten werden - andererseits ist Erneuerung notwendig und das Bestehenbleiben früherer Strukturen, vor allem der bisherigen Leitungsstrukturen, soll vermieden werden und erscheint als Hindernis auf dem Weg der gewünschten Entwicklung. Gerade in einer durch hohen Zeitdruck gekennzeichneten Situation ist es schwer, aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden - zu erneuern, ohne Bewahrenswertes zu zerstören, zu erhalten, ohne Unerwünschtes festzuschreiben. Eine Tagung wie diese kann wenig dazu beitragen, dieses grundsätzliche Dilemma zu lösen; sie macht es aber in aller Schärfe bewußt - und das mag der Grund dafür sein, daß diejenigen, die von dieser Tagung praktische Ergebnisse erwartet haben, am Ende eher enttäuscht weggehen mögen.

Im Bereich der Forschungsförderung haben wir es ebenfalls mit einem Dilemma zu tun, zu dem wenigstens indirekt fast jeder zweite Redner dieses Vormittags gesprochen hat. Forschungsförderung hat zwei mögliche Bezugspunkte: die Finanzierung von Projekten (die immer zugleich eine Finanzierung von Personen ist) und die Finanzierung von Institutionen. Das Dilemma besteht darin, daß das, was in der gegenwärtigen Situation noch am ehesten für die Unterstützung der Sozialforschung in den neuen Bundesländern verfügbar ist, nämlich die Projektförderung, nur in dem Maße überhaupt wirksam werden kann, wie es gleichzeitig noch institutionelle Träger, also grundfinanzierte Institute gibt. Freischwebende Privatgelehrte bekommen in aller Regel auch keine Projektförderung, nicht nur, weil sie den notwendigen

Vorlauf der Antragsentwicklung nicht finanzieren können, sondern auch, weil z.B. die DFG Sachmittelbeihilfen - und das sind die Projektmittel - nur Antragstellern gewährt, die eine institutionelle Verankerung haben. Ein arbeitsloser Sozialforscher kann vielleicht ein Habilitations- oder Reiestipendium erhalten; Projektmittel, mit denen er auch sich selbst finanzieren könnte, bekommt er nicht. Deshalb ist heute auch die Situation an den Universitäten der neuen Bundesländer, so schwer sie sein mag, immerhin noch günstiger als für die Sozialforscher in den ehemaligen AdW-Instituten, die nicht wissen, ob Ende 1991 ihr Institut in wie auch immer geschrumpfter Form überhaupt noch existieren wird. Auch ein sehr kleines Universitätsinstitut, das im Extremfall nur aus einem einzigen Lehrstuhlinhaber zu bestehen braucht, läßt sich durch Drittmittelprojekte zu beachtlicher Größe entwickeln bzw. in beachtlicher Größe erhalten. Irgendein institutioneller Anker ist jedoch notwendig, damit die Chance des Projektmittelangebots überhaupt genutzt werden kann. Angesichts dieser Interdependenz von institutioneller und personenbezogener Förderung ist die starke Konzentration auf die Möglichkeiten der Projektfinanzierung, die die Diskussion über Möglichkeiten der Forschungsförderung gekennzeichnet hat, ausgesprochen problematisch.

Tatsächlich sind auch in der bisherigen Bundesrepublik die Möglichkeiten der institutionellen Förderung sozialwissenschaftlicher Forschung, vor allem im außeruniversitären Bereich, sehr beschränkt. Betrachtet man einmal die drei hauptsächlichen Forschungssektoren - Industrieforschung, Hochschulforschung und staatlich finanzierte außeruniversitäre Forschung - dann ist die sozialwissenschaftliche Forschung im wesentlichen im Bereich der Universitäten angesiedelt. In der Industrie findet sich praktisch keine Sozialforschung, und auch im Bereich der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung dominieren die Natur- und Technikwissenschaften. So gibt es unter den Großforschungseinrichtungen kein und unter den rund 60 Instituten der Max-Planck-Gesellschaft lediglich zwei sozialwissenschaftliche Institute; nur unter den Blaue-Liste-Instituten, deren Gründung die Initiative eines Bundeslandes voraussetzt, ist die Sozialforschung anteilmäßig etwas stärker vertreten. Da institutionell gesehen das Forschungssystem der ehemaligen DDR an die Forschungs-

Landschaft der alten Bundesrepublik angepaßt werden soll, ist es wichtig, sich die durchaus begrenzten Chancen für die institutionelle Verankerung der Sozialforschung in den neuen Bundesländern zu vergegenwärtigen: die beste Chance werden auch hier die Universitäten bieten; daneben bleibt in nennenswertem Umfang lediglich die Möglichkeit der Etablierung als Bund-Länder-Institut, wobei heute nicht absehbar ist, ob den durch viele Aufgaben extrem beanspruchten neuen Bundesländern Initiativen in diesem Bereich durch finanzielle Hilfe von seiten des Bundes oder der alten Bundesländer erleichtert werden oder nicht. In einem recht begrenzten Umfang gibt es darüber hinaus natürlich auch die Möglichkeit zur Gründung bzw. zum Anschluß an privatwirtschaftlich operierende Sozialforschungsinstitute - ein Beispiel ist die Übernahme eines bisherigen Medienforschungsinstituts der DDR durch Infratest. Die Chancen, ein sozialwissenschaftliches Institut vollständig aus Mitteln der Auftragsforschung zu finanzieren, sind jedoch durch den prinzipiell beschränkten Auftragsforschungsmarkt, auf dem auch in der bisherigen Bundesrepublik hart konkurriert wird, durchaus begrenzt.

Die Möglichkeiten der institutionellen Förderung für die Sozialwissenschaften sind in der Bundesrepublik bisher nicht als optimal zu bezeichnen, und es böte sich in der Tat an, die Gelegenheit der gegenwärtigen Umstrukturierungsprozesse zu benutzen, um für eine Erweiterung der institutionellen Basis der Sozialforschung in der Bundesrepublik im allgemeinen zu kämpfen. Berufspolitisch gesehen bietet sich uns hier vielleicht eine Gelegenheit, die von den Sozialwissenschaftlern aus den westlichen Bundesländern genutzt werden sollte.

Die starke Akzentuierung der Projektforschung - und hier speziell der Auftragsforschung - hat im übrigen an einem Punkt der Diskussion zu einer höchst problematischen Situationsdeutung geführt, die ich nicht unwidersprochen lassen möchte. Es könnte offensichtlich der Eindruck entstehen, als ob die demnächst stark auf Auftragsforschung angewiesenen Sozialwissenschaftler der ehemaligen DDR nun ein in anderer Richtung parteiliches Verfügungswissen - genau diese Worte wurden gebraucht - produzieren sollten. Nun ist auch für Sozialwissenschaftler die Produktion von "Verfügungswissen", also von nutzbarem

Wissen nichts grundsätzlich Schlechtes. Schlecht wird das nur, wenn gefordert wird, daß man bei der Produktion dieses Wissens den wissenschaftlichen Code "wahr/falsch" nicht mehr berücksichtigen darf und etwas für Wahrheit ausgeben muß, von dem man weiß, daß es nicht belegbar oder gar eine Unwahrheit ist. Genau das aber verlangen selbst die von den politischen Parteien finanzierten Institute in der Bundesrepublik nicht, ebenso wenig wie irgendein Ministerium.

Meine letzte Bemerkung bezieht sich nicht mehr auf die Forschungsförderung, sondern auf den bemerkenswert offenherzigen Hinweis von Frau Kohler-Koch auf die selbstbezüglichen Interessen westdeutscher Sozialforscher in der gegenwärtigen Situation, mit dem wohl die Erwartung einer umfassenden und selbstlosen Hilfsbereitschaft realistisch gedämpft werden sollte. Es entspricht den akzeptierten Werthaltungen der westlichen Kultur, daß man sich nicht zu schämen braucht, wenn man offen über die eigenen Interessen spricht - selbst dann nicht, wenn man nicht gleichzeitig daran glaubt, daß die 'invisible hand' schon dafür sorgen wird, daß aus der individuellen Interessenverfolgung Systemrationalität resultiert. Der ehrliche Hinweis auf die eigenen Interessen ist also in Ordnung. Es gibt aber sicher keinen Anlaß, noch skeptischer zu sein als Brecht: das Fressen mag allemal zuerst kommen, aber danach kommt dann eben doch auch im kapitalistischen Westen gelegentlich die Moral. Manches von dem, was viele von uns - auch von den Personen hier in diesem Raum - in den letzten Monaten im Zusammenhang mit dem deutschen Einigungs- und Integrationsprozeß getan haben und in den nächsten Monaten noch tun werden, läßt sich jedenfalls nicht mehr als rationale Verfolgung beschränkter Individualinteressen erklären.